



### Mehr Quantität und Qualität

BOZEN (ih). Die Leitlinien zur Kinderbetreuung sehen auch eine Qualitätssteigerung vor: Hier geht es um bessere Betreuungsschlüssel, aber auch um weniger Fluktuation und bessere Ausbildung beim Personal.

„Wenn wir uns als Gesellschaft etwas wirklich nicht leisten können, dann ist es eine schlechte Qualität in der Kleinkinderbetreuung.“

Familienlandesrätin Waltraud Deeg

# Ein Recht auf Kleinkinderbetreuung

FAMILIENPOLITIK: Landesrätin Deeg stellt neue Leitlinien vor – Bei Bedarf muss Gemeinde ausreichendes Angebot schaffen – „Rechne mit Gegenwind“

BOZEN (ih). Familienlandesrätin Waltraud Deeg geht in die Kleinkinderbetreuungs-Offensive und will auch in Südtirol einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz einführen. „Nicht nach bundesdeutschem Vorbild“, beruhigt sie, „wir brauchen in Südtirol nicht für jedes Kleinkind einen Platz“. Aber sie stellt auch klar: „Bei effektivem Bedarf muss gesichert sein, dass ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht“.

Derzeit tourt die Familienlandesrätin mit ihren Leitlinien in Sachen Kleinkinderbetreuung (ausgearbeitet von einer Expertengruppe) durch Südtirol. Es sei dies nur ein Baustein von mehreren beim Ausbau der Familienförderung, stellt sie dabei von Anfang an klar – auch weil das Thema auf einigen Gegenwind stößt (siehe auch Interview unten). Gerade deshalb ist Deeg derzeit im Land unterwegs, „man muss darüber mit den Leuten reden“, findet sie. „Bei uns gibt es teils ein sehr traditionelles Rollenbild, weswegen einige die Pläne kritisieren. Deswegen muss man den Menschen das Konzept erklären“.

Denn der geplante Angebotsausbau hat nicht nur in der derzeitigen Notwendigkeit liegende Gründe, sondern auch politi-

## Betreuung zwischen Wunsch und Wirklichkeit

- ▶ **Betreuungsquote in Südtirol = 19 Prozent** bzw. 25 Prozent einschließlich Tagesmütter/väter
- ▶ **EU-Zielsetzung: 33 Prozent** Betreuungsquote der Kinder zwischen neun Monaten und drei Jahren
- ▶ **Geburtenziffer Südtirol: 1,60**

### VERGLEICH NACHBARLÄNDER

- ▶ **Österreich:** Betreuungsquote = **23 Prozent** (Tirol 23,3 Prozent, Wien 41,8 Prozent) Geburtenziffer = **1,44**
- ▶ **Deutschland:** Betreuungsquote = **32,3 Prozent** (Bayern 27,1 Prozent, Sachsen Anhalt 58,3 Prozent) Geburtenziffer = **1,38**
- ▶ **Frankreich:** Betreuungsquote = **44 Prozent** Geburtenziffer = **2,01**

Dolomiten -Infografik: Ch. Staffler

Quelle: Leitlinien Kinderbetreuungskonzept



sche Ziele. Und da steht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf an vorderster Stelle, weil zum einen immer mehr Frauen gut ausgebildet sind und auf ihre Berufstätigkeit nicht verzichten wollen. Allein im Studienjahr 2012/2013 haben 7898 Südtirolerinnen eine Universität in Österreich oder Italien besucht. „Für diese Frauen ist Nicht-Erwerbstätigkeit einfach keine Option“, weiß Deeg.

Mehr Frauen im Erwerbsleben ist aber auch eine „Strategie zur Armutsvermeidung“, so Deeg: „Aktuell durch ein besseres Familieneinkommen, aber auch in Hinblick auf die Renten-

situation insbesondere der Mütter“. Die derzeitige Frauenerwerbsquote liegt bei 68 Prozent, wobei 42,7 Prozent der berufstätigen Frauen in Südtirol in Teilzeit arbeiten. „Das Problem wird insbesondere mit der Umstellung auf ein beitragsbezogenes Rentensystem relevant“, warnt Deeg: „Damit werden wir schnell konfrontiert werden, bereits in zehn, 15 Jahren werden die ersten nach diesem System in Rente gehen“. Wer dann nicht genug eingezahlt hat, bekomme auch nicht mehr genug raus.

Die EU setzt bei der Betreuung der Bis-Dreijährigen auf eine Quote von 33 Prozent als Vor-

gabe. Daran, so Deeg, wolle man sich orientieren. „Derzeit gibt es in Südtirol in Sachen Kleinkinderbetreuung noch viele weiße Flecken. Wer dann vor Ort nicht über ein eigenes soziales Netz verfügt, der hat eben keine Wahlfreiheit“.

Erreichen will sie den Angebotsausbau bis 2020 über die stufenweise Einführung eines Rechtsanspruches. „Wir brauchen sicher nicht für jedes Kleinkind einen Platz, und sicher auch nur in Ausnahmefällen für Kinder unter einem Jahr. Aber es muss sichergestellt sein, dass Gemeinden entsprechend dem effektiven Bedarf auch ausreichendes Angebot schaffen“, sagt sie. Das könne man gesetzliche festlegen, „elegantier ist eine Koppelung mit der Gemeindefinanzierung“.

Apropos Finanzierung: Für den quantitativen wie qualitativen (siehe oben) Ausbau der Kinderbetreuung rechnet Deeg mit Kosten „sicherlich im zweistelligen Millionenbereich“, für die einerseits das Land Geld finden müsse, aber eben auch die Gemeinden. „Dass man die Familien über den bisherigen Rahmen hinaus zur Kasse bitten kann, kann ich mir dagegen nicht vorstellen“, so die Landesrätin. Mit Gegenwind rechnet sie von den Gemeinden, aber auch von denjenigen (siehe Interview unten), die Familienförderung lieber als Direktzahlungen ver-



Wo Nachfrage nach Kleinkinderbetreuung besteht, soll es in Zukunft auch ein ausreichendes Angebot geben.

standen wissen: „Denen erwidere ich, dass wir bereits jetzt 70 Millionen Euro in die Hand nehmen, um Familien auf die ein-

oder andere Weise direkt zu fördern. In die Kleinkinderbetreuung fließen dagegen nur acht Millionen.“

© Alle Rechte vorbehalten

## SVKF als Sprachrohr der Großfamilie

BOZEN. Der Südtiroler Verein kinderreicher Familien (SVKF) wurde am 15. Mai 2006, am Internationalen Tag der Familie, gegründet. Er versteht sich „als Sprachrohr der Großfamilien Südtirols mit vier oder mehr Kindern“ und will „eine Plattform des Austausches für die Mitgliederfamilien und gleichzeitig eine Lobby für ihre Interessen und Bedürfnisse“ sein. Der vor kurzem neu gewählte Vorstand setzt sich aus Reinhold Miribung (Präsident), Rosie Rehlichler, Anneliese Heinz, Andrea Burger, Petra Rassler, Albert Stampfl, Walter Lobis, Hannes Silbernagl und Gerhard Duregger zusammen.

# „Wünschen uns familienfreundliches Südtirol“

INTERVIEW: Verein kinderreicher Familien mit neuem Vorstand und alten Zielen – „Kindergeld nach Beispiel des Pflegegeldes handhaben“

BOZEN (ih). Der Südtiroler Verein kinderreicher Familien (SVKF, siehe Artikel links) hat einen neuen Vorsitzenden: Reinhold Miribung. Mit dem neuen Präsidenten bleiben zwar die alten Ziele, aber „wir werden in Zukunft vermehrt auf uns aufmerksam machen“, kündigt er im Interview an. Von der Politik erwartet er sich mehr als nur die „Förderung von Fremdbetreuung“.

„Dolomiten“: **Bringen Sie als neuer Präsident neuen Wind?**  
Reinhold Miribung: In erster Linie werden wir unserem Motto „Familie“ treu bleiben. Wir werden in Zukunft vermehrt auf uns aufmerksam machen, auch medial präsenter sein und versu-



„Als Verein kinderreicher Familien fordern wir eine Anerkennung der Erziehungsjahre für die Rente.“

SVKF-Präsident Reinhold Miribung

chen, unsere Mitgliederzahl – aktuell vertreten wir 89 Familien und somit weit über 500 Familienmitgliedern – zu steigern.

„D“: **Welche konkreten Ziele verfolgen Sie?**

Miribung: Im Zentrum der Familie steht für uns die Mutter. Grundsätzlich sollte jede Frau frei entscheiden können, ob sie

Erziehung und Betreuung ihrer Kinder selbst übernimmt oder nicht. Es ist traurig, dass Mütter dazu „gezwungen“ werden, ihre Kinder schon im Babyalter in Fremdbetreuung zu geben, nur weil die Politik eben nur diesen Weg finanziell fördert. Dann fordern wir eine Anerkennung der Erziehungsjahre für die Rente sowie eine Handhabung des Kin-

dergeldes nach Beispiel des Pflegegeldes.

„D“: **Und die Finanzierung?**

Miribung: Es ist leider wahr, der Topf hierfür ist (noch) klein. Doch soll dies nicht die Rechtfertigung dafür sein, dass nicht alle gleich behandelt werden; auch auf die Gefahr hin, dass arbeitende Mütter bzw. Familien mehr für Betreuungsplätze bezahlen müssen.

„D“: **Was ist mit Müttern, die arbeiten, die Familie versorgen und zusätzlich noch die Hausarbeit erledigen? Es klingt, als zählte deren Leistung für die Familie und Gesellschaft nichts.**  
Miribung: Sie vergessen hier

wohl die Erziehung der Kinder – auch das ist in gewisser Weise „Arbeit“. Und hier geht es nicht um Quantität, sondern vor allem um Qualität. Die ersten Jahre des Kindes sind nachgewiesener Weise die wichtigsten im Leben eines Menschen und es ist somit wohl das Recht einer jeden Mutter, selbst darüber zu befinden, wie diese gestaltet werden.

„D“: **Was erwarten Sie sich von der Politik?**

Miribung: Das Land könnte insgesamt ein familienfreundliches Südtirol schaffen, durch vielerlei Initiativen, die über die reine Kinderbetreuung von Kindern berufstätiger Mütter hinausgeht.

© Alle Rechte vorbehalten

## ASWE: Sparen mit neuer Struktur

BOZEN. Wie die anderen Landesagenturen soll künftig auch die Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung (ASWE) nur mehr einen Direktor und keinen Verwaltungsrat mehr haben. Die vom Land angestrebte einfachere Struktur solle schnellere Entscheidungswege ermöglichen, erklärt Landesrätin Martha Stocker auf eine Anfrage der Freiheitlichen hin. Im Jahr 2014 wurden den Mitgliedern des Verwaltungsrates insgesamt 16.000 Euro ausbezahlt, was künftig eingespart würde, hat der Freiheitliche Landtagsabgeordnete Walter Blaas nachgerechnet. Die Agentur verwaltet rund 800 Mio. Euro, wovon 260 Mio. dem Fonds für die Hausfrauenerrente zuzurechnen sind.

# Förster und Gemeindegerechte gerettet

ABGEORDNETENKAMMER: SVP erwirkt Absicherung von Handelskammern – Generationenwechsel soll kein Nachteil sein

BOZEN/ROM. Südtirol bleiben „seine“ Gemeindegerechte und Förster erhalten. Diese Sonderklauseln sind im gestrigen Ermächtigungsgesetz zur Neuordnung der öffentlichen Verwaltung enthalten. Im restlichen Staatsgebiet wird das Berufsbild der Gemeindegerechten nämlich abgeschafft, der Forstdienst wird zwischen Polizei und Carabinieri aufgeteilt.

Die SVP-Kammerabgeordneten Albrecht Plangger und Manfred Schullian hatten das Gesetz in der Verfassungskommission betreut. „Unsere autonome Kompetenz bezüglich Gemeindegerechten konnte verteidigt werden, sodass wir selbst eine allfällige Reform des Gemeindegerechtenwesens in Angriff nehmen können“, so Plangger bei der Stimmabgabeerklärung in der Abgeordnetenversammlung.

Auch der Landesforstdienst bleibt aufrecht. Auf SVP-Initiative hin hat sich die Regierung noch zu vier weiteren Maßnahmen verpflichtet. „Scheidet jemand in der öffentlichen Verwaltung früher aus dem Dienst, um den Generationenwechsel zu ermöglichen, so soll er dafür nicht in seinen Rentenansprüchen beeinträchtigt werden“, sagt Renate Gebhard. Die Regierung werde sich konkret mit dem Vorschlag befassen.

Genehmigt wurden auch die von Schullian und Plangger eingebrachten Anträge zur Absicherung des Bestandes der Handelskammern von Bozen und Trient, sowie zum gesamtstaatlichen Auswahlverfahren der Führungskräfte für die Sanitätsbetriebe, in dessen Rahmen der Zweisprachigkeitsnachweis eingefordert werden muss.

Dank des von Daniel Alfreider eingereichten Tagesordnungspunktes kann die Basis für eine erweiterte Gesetzesbefugnis der Sonderautonomien bezüglich Landespersonal sichergestellt werden. Damit sei die Basis für eine Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut gelegt, um die Zuständigkeiten zwischen Staat und Land besser abzugrenzen, so der SVP-Fraktionspräsident.



An diesem Baum wird nicht gesägt! Während die Forstwache in anderen Regionen zwischen Polizei und Carabinieri aufgeteilt wird, bleibt in Südtirol der eigenständige Dienst erhalten.

© Alle Rechte vorbehalten